

## **Anmoderation:**

„Es ist ernst“, wie die Bundeskanzlerin ihren Appell formuliert hat – und es sind außergewöhnliche Zeiten: Das öffentliche Leben ist praktisch zum Erliegen gekommen – Theater, Opernhäuser und Kinos sind geschlossen, Kitas, Schulen und Hochschulen weitgehend verwaist, Plätze und Straßen wirken wie leergefegt. Was wir derzeit erleben, stellt uns alle, insbesondere die Politik – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund – auf eine Bewährungsprobe. Die Exekutive hat jetzt das Heft des Handelns in der Hand. Erwächst aus dieser Krise vielleicht die Chance, dem Populismus Einhalt zu gebieten?

## **Beitrag:**

Es ist eine bemerkenswerte Koinzidenz: Seit Beginn der großen Migration vor bald fünf Jahren versucht die AfD den Eindruck zu erzeugen, dass sich die Republik in Auflösung befindet und die von ihr so titulierten „Altparteien“ verrottet, verbraucht und regierungsunfähig sind. So propagierte die AfD auch nach dem jüngsten Desaster bei der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen den Eindruck eines chaotischen Landes am Rande des Bürgerkriegs, um so den Ruf nach einer autoritär geführten Republik zu verstärken.

Die neue Rechte versucht ganz gezielt, Angst und Panik vor einem angeblichen Kontrollverlust zu verbreiten, und manche Intellektuelle arbeiten ihr bereitwillig zu. „Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben“, so schon 2016 hoch alarmistisch der bekannte Philosoph Peter Sloterdijk im Magazin „Cicero“. „Jetzt entscheidet der Flüchtling über den Ausnahmezustand“, dozierte Sloterdijk dort ganz in der Diktion Carl Schmitts, des Theoretikers des Freund-Feind-Denkens.

„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, lautet der vielleicht wichtigste Satz dieses „Kronjuristen des Dritten Reichs“. Der Ausnahmezustand – das ist das entscheidende Wort der alt- wie neu-rechten Kritiker des realexistierenden Parlamentarismus und Parteienstaats.

Doch wie sehr das Gerede vom Ausnahmezustand durch die Flüchtlingskrise vor allem eines war und ist, nämlich Panikmache, sehen wir spätestens dieser Tage. Auch wenn in Deutschland die Integration der enormen Zahl von mehr als einer Million aufgenommenen Flüchtlingen noch nicht vollends gelungen oder gar abgeschlossen ist, kann von einer Chaotisierung des Landes nicht die Rede sein.

Zugleich aber erleben wir heute, seit dem Ausbruch der Corona-Krise, tatsächlich, was der Ausnahmezustand bedeutet – und wer über ihn entscheidet. Seit einer Woche gehört der einstige Normalzustand in Deutschland der Vergangenheit an: Schulen und Kindergärten sind geschlossen, ebenso Lokale, Cafés, die meisten Läden und Geschäfte sowie große Teile der öffentlichen Einrichtungen.

Das ist in der Tat der Ausnahmezustand. Denn damit kommt fast das gesamte öffentliche Leben für unabsehbare Zeit zum Erliegen. Wir erleben eine epochale Zäsur. Und wer hat darüber entschieden? Der laut AfD angeblich völlig machtlose, regierungsunfähige Staat – und das in durchaus vernünftiger Weise.

Während der französische Präsident Emmanuel Macron bereits martialisch von einem „Krieg“ gegen das Coronavirus spricht, hat die Kanzlerin in ihrer Fernsehansprache den Ernst der historisch einzigartigen Lage betont und an die Bevölkerung appelliert, den einschneidenden Maßnahmen Folge zu leisten. Einzelne Bundesländer und Kommunen haben darüber hinaus bereits den gesetzlich vorgesehenen Katastrophenfall ausgerufen.

Hier zeigt sich: In Zeiten einer existenziellen Krise ist und bleibt es das Vorrecht des Staates, zu besonderen Maßnahmen zu greifen, um Sicherheit, Ordnung und vor allem das Überleben seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Die Ironie der Geschichte: Plötzlich ist der schon so lange von der neuen Rechten regelrecht beschworene Ausnahmezustand tatsächlich da – und kaum einer vermisst die AfD oder traut ihr Nennenswertes in dieser existenziellen Krise zu.

In einer großen Krise schlägt stets die Stunde der Exekutive, in der sich die Bevölkerung um ihre Regierung schart. Krisenzeiten sind Tage der Macher und Krisenmanager, nicht der Schwarzmalen, die die Republik nur schlecht reden, aber wenig Konkretes anzubieten haben.

Anders ausgedrückt: Solange die Krise nicht wirklich da ist, kann man sich ohne Gefahr voller Inbrunst in einen Ausnahmezustand hineinimagieren und etwa vom Untergang des Abendlandes phantasieren. Wie hatte ganz in diesem Sinne der einst linke, aber längst nach rechts abgedriftete Publizist Frank Böckelmann behauptet: In der Einwanderungsfrage gehe es daher um nicht mehr und nicht weniger als um die „Substanz der Republik“. Die Fluchtbewegungen beschleunigten „die kulturelle Verödung der Erde“.

Heute erleben wir tatsächlich, was kulturelle Verödung bedeutet: Absolute Ausgehverbote jenseits des Allernotwendigsten, ja sogar die weitgehende Unterbindung jeglicher Kontakte mit der Außenwelt. Distanz halten, lautet die neue Maxime. Damit wird genau das radikal beendet, was unsere modernen, demokratischen Gesellschaften im Kern ausmacht, nämlich sozialer Kontakt und Austausch in allen Dimensionen – kulturell und politisch, vom Sportlichen und rein Unterhaltenden ganz zu schweigen. Zugespitzt formuliert: Der Mensch als geselliges Wesen, als *animal sociale* und *zoon politicon*, findet nur noch in Spurenelementen und in maximal eingeschränktem Maße statt.

In gewisser Weise entpuppt sich damit heute der Populismus, das Spiel mit der Angst vor dem Ausnahmezustand, als Luxusphänomen. Corona zeigt: Man muss sich den Populismus und seine Angstmache leisten können. Wenn es aber tatsächlich hart auf hart kommt und die Krise nicht mehr nur vor der Tür, sondern schon mitten im Raum steht, dann sind Tatkraft und Zuversicht gefragt, statt Untergangsszenarien und Verschwörungstheorien. Dann flüchten die Wählerinnen und Wähler doch lieber zurück zu den Volksparteien, weg von den Populisten, und vertrauen auf die bewährten Kräfte.

Damit rächt sich auch der infame Jubel der AfD nach dem Fiasko von Thüringen. Wer wie Björn Höcke und Co. mit Genuss die Demokratie vorführt und dann noch seine „konstruktiv-destruktive Strategie“ feiert – nämlich „in Thüringen jemanden so auf einen Stuhl setzen, dass es in Berlin einem anderen Stuhl die Beine abschlägt“ –, der kann sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger in einer Notlage kein Vertrauen in die Kompetenz der Populisten zur Krisenbewältigung haben.

Damit entpuppt sich der aktuelle Ausnahmezustand in Folge von Corona als eine echte Chance für die Regierenden, mit entschlossener, tatkräftiger Politik den Rechtspopulisten den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihnen zugleich bei den nächsten Wahlen diverse Prozente abzuknöpfen.

Tatsächlich fokussiert sich in dieser „Stunde der Exekutive“ der Blick auf diejenigen, die die Regierungsgeschäfte führen. Die aktuelle Krisensituation ist eine enorme Bewährungsprobe für alle Regierenden. Aber zugleich wachsen, gerade im Vergleich mit den Populisten, deren Profilierungschancen. Zur Erinnerung: Der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt konnte seinen Ruf als knallharter Krisenmanager dadurch begründen, dass er als junger Innensenator die Flutkatastrophe in Hamburg 1962 mit großer Entschlossenheit bravourös zu meistern verstand. Genauso kann heute die Corona-Krise für einen Gesundheitsminister wie Jens Spahn den Durchbruch zu ganz neuer Autorität bedeuten, genauso wie für sämtliche Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, die von Nord bis Süd, von Ost bis West nun die Geschicke ihrer Länder verantworten.

Einen positiven Lerneffekt hat Corona damit bereits jetzt: Am Ende kommt es in der Demokratie, das macht die Krise schlagend deutlich, auf verantwortungsbewusstes Regieren mit vernünftigen Ergebnissen an. Und auf das Einsehen und die Folgebereitschaft der Zivilgesellschaft. „Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt“, stellte die Bundeskanzlerin in ihrer Ansprache fest. Jetzt muss die Gesellschaft unter Beweis stellen, dass sie wirklich eine Solidargemeinschaft ist, indem die Bürgerinnen und Bürger zum Schutze der Alten und Kranken den Anweisungen der Regierung Folge leisten. Am Ende entscheiden wir alle über Erfolg oder Misserfolg der getroffenen Maßnahmen – und damit auch über den Erfolg der demokratisch gewählten Regierungen. Wenn diese ihre Tatkraft unter Beweis stellen können, ist das zugleich immer auch ein Sieg gegen die Populisten.

Und irgendwann winkt dann auch wieder das, was wir wohl viel zu leichtfertig über 70 Jahre in dieser Republik als eine Selbstverständlichkeit begriffen haben – eben die Normalität, der Normalzustand. Der aber bedeutet, dass man irgendwann wieder gesellig zusammen sein kann, ohne Angst vor lebensgefährlicher Infektion haben zu müssen.

Noch ist gar nicht absehbar, wann die Corona-Krise enden wird. Spätestens dann aber sollte uns das populistische Spiel mit der Angst vor dem Ausnahmezustand ausgetrieben sein. Wie hatte der große Skeptiker Odo Marquard die berühmte Formel Carl Schmitts einst zu Recht persifliert: „Vernünftig ist, wer den Ausnahmezustand vermeidet“ – und, möchte man hinzufügen, nicht, wer ihn wie die AfD beschwört.

Es kann also durchaus sein, dass wir zumindest in dieser Hinsicht klüger aus der Krise herauskommen, als wir in sie hineingeraten sind.